

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 13 · 27. September 2001 · www.cdu-csu-ep.de



Europaabgeordnete im Dialog mit der deutschen Wirtschaft

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament veranstaltete das erste Europäische Wirtschaftsgespräch in Berlin. Die Unionspolitiker Hartmut Nassauer und Markus Ferber betonten als Initiatoren des Treffens mit Vertretern von Industrie, Wirtschaft und Verbänden, der persönliche Dialog sei zur Förderung des Europäischen Einigungsprozesses besonders wichtig. Die große Resonanz, die die Veranstaltung bei der deutschen Wirtschaft fand, bestätigte diese Einschätzung. Im kommenden Jahr soll der Dialog daher fortgesetzt werden.

Inhalt

Doris Pack:
Stabilitätspakt
Seite 2

Peter M. Mombaur:
Energemarkt
Seite 4

kurz und bündig:
Aus der EVP-ED-Fraktion
Seite 5

Rainer Wieland:
Verwaltungspraxis
Seite 7

DORIS PACK:

Die regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa: Eine Kernaufgabe des Stabilitätspaktes

In dem am 10. Juni 1999 in Köln gegründeten Stabilitätspakt verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten „zur bilateralen und regionalen Zusammenarbeit“. Die regionale Zusammenarbeit – keine Selbstverständlichkeit in einer Region, in der „regionale Integration“ viele Jahre gleichbedeutend war mit der Dominanz eines Landes – ist seither ein tragender Pfeiler des Stabilitätspaktes. Diese Art von Zusammenarbeit ist dabei nicht als eine Alternative, sondern als eine Ergänzung zur Heranführungsstrategie an die Europäische Union zu verstehen.



Doris Pack MdEP

die Kopenhagener Kriterien zum Ziel haben, d.h. der Erfüllung der Voraussetzungen für den Beitritt jedes Landes zur Europäischen Union. Dies sind Projekte zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Medienfreiheit, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Wirtschaftsreformen. Im

Rahmen des CARDS-Programms hat die Europäische Union hierfür umfangreiche Mittel bereitgestellt. Der Stabilitätspakt sollte sich hingegen auf größere Projekte mit länderübergreifender Dimension konzentrieren und hier vor allem die notwendigen Anstöße für regionale Entwicklungen und Zusammenarbeit geben. Hierzu zählen Projekte wie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Menschenhandels, einschließlich des Frauen- und Kinderhandels sowie des Handels mit Organen, aber auch die Schaffung eines regionalen Energienetzes, regionaler Infrastrukturen oder auch des freien Personenverkehrs sowie Umweltschutzprojekte. Allerdings kommen alle diese Aufgaben und Projekte im Stabili-

Förderung und Begleitung von Projekten

EU-Kommission und Stabilitätspakt sollten daher klar abgegrenzte und eigenständige Aufgaben erfüllen: Die Kommission soll dabei vor allem bilateral die zahlreichen Projekte fördern und begleiten, die die Heranführung jedes einzelnen Landes an die Europäische Union und

tätspakt nur äußerst zögerlich voran. Bisher sind vor allem zwei Projekte positiv zu bewerten: Zum einen das Programm zur Flüchtlingsrückkehr vom Juni 2001, eine Initiative, die auf den ehemaligen EU-Beauftragten in Mostar, Hans Koschnik, zurückgeht. Das zweite Vorhaben hat die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone zum Ziel. In beiden Fällen sollen politische und wirtschaftliche Probleme durch grenzübergreifende Zusammenarbeit gelöst werden.

Austausch zwischen Parlamentariern von großer Bedeutung

Nach wie vor besteht jedoch ein großes Defizit in der parlamentarischen Dimension. Der Austausch zwischen Parlamentariern wäre für die demokratische Entwicklung in der Region von großer Bedeutung. Hier ist das, was der Stabilitätspakt bisher geleistet hat, nur als eine Farce zu bezeichnen. Um die parlamentarische Zusammenarbeit zu fördern sollten keine großen Konferenzen organisiert werden, auf denen viel geredet wird, um sich selbst seine Existenzberechtigung zu bestätigen. Vielversprechender Ansatz ist in diesem Zusammenhang das vom East-West-Institut in Prag organisierte parlamentarische Netzwerk, das stark themenorientiert arbeitet. Bei den seit November 2000 stattfindenden Treffen – geplant sind drei Konferenzen pro Jahr – diskutieren Abgeordnete aus den

Ländern Südosteuropas mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments jeweils sehr spezifische Fragen (wie Bildung, Umweltschutz, Kriminalitätsbekämpfung etc.), sowie Fragen im Zusammenhang mit der Einsetzung demokratischer Strukturen und neuer parlamentarischer Arbeitsformen. Auf diese Weise soll auch der Gesetzgebungsprozess in den Ländern Südosteuropas auf parlamentarischer Ebene gefördert und verbessert werden, insbesondere in Schlüsselbereichen wie den inter-ethnischen Beziehungen, dem Aufbau demokratischer Institutionen und der regionalen Zusammenarbeit.

EP spielt entscheidende Rolle

Das Europäische Parlament spielt eine entscheidende Rolle in diesem Netzwerk – nicht nur als Sponsor, sondern auch durch die regelmäßige Teilnahme der Europaabgeordneten der Südosteuropa-Delegation. Es ist nicht sinnvoll, jetzt weitere Foren von Parlamentariern unter dem Stabilitätspakt zu schaffen, da das Netzwerk bereits gut funktioniert und eine Vervielfältigung von Parallelaktivitäten die konkret zu leistende Arbeit nur erschweren und nicht verbessern würde. Der Stabilitätspakt hat im übrigen genug mit den anderen großen Aufgaben der regionalen Zusammenarbeit zu tun.

Doris Pack (CDU Saarland) ist Vorsitzende der Südost-Europa-Delegation des Europäischen Parlaments.

DR. PETER M. MOMBAUR:

Strom- und Gasmarkt in Europa: Kleinverbraucher sollen endlich frei ihren Lieferanten wählen können

Während die Kunden seit einiger Zeit die Früchte der Liberalisierung der europäischen Telekommärkte in Form dramatisch gefallener Telefonrechnungen genießen, hinkt die Marktöffnung bei den leitungsgebundenen Energien Strom und Gas bislang hinterher. Auch fünf Jahre nach dem ersten Schritt



Peter M. Mombaур MdEP

zur Öffnung der Strommärkte in der EU kann von einer freien Lieferantenwahl für den Kleinkunden in den meisten europäischen Ländern nicht die Rede sein. Im Energieausschuss des Europäischen Parlaments beraten wir daher zur Zeit über einen Gesetzesvorschlag der Kommission. Der Vorschlag entspricht der Aufforderung des Europäischen Parlaments weitgehend. Er soll endlich zu einer verbraucherfreundlichen völligen Marktöffnung führen.

Grundgedanke ist dabei, dass Wettbewerb erst entsteht, wenn genügend unabhängige Wettbewerber existieren. Die bisherigen Liberalisierungsschritte haben zwar unter bestehenden Großunternehmen zu einem teils heftigen Ringen um Firmenbeteiligungen und Übernahmen geführt. Um die direkte Zulie-

ferung an den Endkunden gibt es hingegen bislang kaum Konkurrenz. Die alten Versorger können somit weiter Monopolpreise nehmen.

Dem ist auf zwei Wegen zu begegnen. Zum einen dürfen die Verbraucher nicht länger in 15 Teilmärkten gefangen bleiben; sie müssen endlich von einem einheitlichen europäischen

Markt für Strom und Gas profitieren. Hierzu hat die Kommission ein System vorgeschlagen, das den Stromhandel auch über alle Grenzen innerhalb der Union effektiv voranbringt. Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für diesen Gesetzesvorschlag werde ich mich dafür einsetzen, dass es zu einer Lösung kommt, die im Sinne des EU-Binnenmarkts ist und somit auch dem Verbraucher hilft.

Zum anderen brauchen wir aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten frei zugängliche Marktplätze, bei Strom und Gas also frei zugängliche Netze. Die – nicht verbindlichen – Verbändevereinbarungen in Deutschland haben dies noch ebenso wenig erreicht wie Regulierungsbehörden in anderen Mitgliedstaaten. Viele Netzbetreiber wenden gegenwärtig noch vielfach Tricks und

Rechtsbrüche an, um den Zugang Dritter in ihre Netze zu behindern. Daher hat Deutschland eine Task Force gebildet, um diese Rechtsbrüche abzustellen. Das Europarecht muss aber generell den fairen Marktzugang sichern.

Die deutsche Monopolkommission hat festgestellt: Der Energiemarkt ist noch weit von einem funktionsfähigen Wettbewerb entfernt, insbesondere bei Kleinkunden. Daher müssen die Bedingungen des Netzzugangs gerade im Endverteilnetz im voraus sicher kalkulierbar sein; anders können neue Anbieter und neue Angebote für Kleinverbraucher nicht entstehen. Bisher ist

dies in keinem Mitgliedstaat zufriedenstellend gelöst. Ob es dazu einer Regulierungsbehörde bedarf, ist genau zu untersuchen.

Im Europäischen Parlament werden wir die Vorschläge der Kommission sorgfältig prüfen. Das Interesse gerade der Kleinverbraucher wird von zentraler Bedeutung sein.

Dr. Peter Michael Mombaur (CDU Nordrhein-Westfalen) ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Solidarität mit Opfer des ETA-Terrors

Die Witwe und die drei Söhne von José Javier Mújica – spanischer Stadtrat der Union des Navarrischen Volkes und EVP-Mitglied, der im Juli in Leiza (Navarra, Spanien) von Terroristen der ETA getötet worden war – wurden vom Europäischen Parlament auf Bitte seiner Präsidentin Nicole Fontaine, der das Plenum auch entsprach, mit einer Schweigeminute geehrt.

Die von EVP-Mitglied Javier Pomés ins Parlament eingeladene Familie von Mújica erhielt Unterstützung durch den EVP-ED-Fraktionsvorsitzenden, Hans-Gert Pöttering, der versprach, jede notwendige politische Maßnahme zur Bekämpfung des Ter-

rorismus zu ergreifen. Eine solche Maßnahme war der Vorschlag zur Einführung eines europäischen Haft- und Durchsuchungsbefehls, der mit großer Mehrheit vom Plenum angenommen wurde.

■ Nahost-Politik

Die EVP-ED-Fraktion forderte die belgische Präsidentschaft anlässlich einer Aussprache im Plenum über die Situation im Nahen Osten dazu auf, das Team des EU-Sonderbotschafters in der Region, Miguel Angel Morantinos, durch die Verdoppelung der Anstrengungen für einen Frieden zu stärken.

Gerardo Galeote (E) sagte als Sprecher der EVP-ED-Fraktion, auch wenn die Lage schlechter erscheine

als zuvor, solle sich die internationale Gemeinschaft unter der Führung der EU und der USA weiterhin darum bemühen, beide Seiten auf der Grundlage des „Mitchell-Plans“ an den Verhandlungstisch zurückzubringen, so schwierig dies auch zu erreichen sei.

Nach Auffassung von Galeote habe die Europäische Union derzeit mehr Möglichkeiten zu handeln und sollte konkrete Beiträge zum Frieden leisten. Die EU müsse ihr wirtschaftliches Gewicht in der Region für politische Ziele einsetzen und sicherstellen, dass ihre Hilfe an Projekte gehe, von denen die Bevölkerung in der Region profitiere, und dass sie die Achtung der Grundrechte und -freiheiten fördere, fügte er hinzu.

■ Schutzmaßnahmen gegen Nachrichtenspionage

Die Existenz eines weltweiten Systems der Nachrichtenspionage steht inzwischen außer Frage. Das Überwachungssystem stützt sich hauptsächlich auf das weltweite Abhören von Nachrichtensatelliten.

Der Vorsitzende des nichtständigen Ausschusses über das Abhörsystem „Echelon“, Carlos Coelho (P), geht von einer ernststen Gefahr durch die Nutzung dieses Netzwerks aus: Für den Welthandel, da es das Konzept des „lauteren Handels“ beschädigt, und für die persönlichen Freiheiten der Bürger.

Coelho sprach sich für bessere Beziehungen zwischen den USA und der EU im Rahmen einer ehrlichen Zusammenarbeit und der Achtung gemeinsamer Werte aus und betonte

die Bedeutung des von der großen Mehrheit des Europäischen Parlaments angenommenen Berichts des Echelon-Ausschusses. Er unterstrich die Notwendigkeit einer Verschärfung der Menschenrechtskonvention im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre in der Informationsgesellschaft sowie die Notwendigkeit einer parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle der Aktivitäten der Nachrichtendienste.

Es bedürfe für die Sicherung der Zukunft ernsthafter Vorkehrungen, sagte Coelho. Die Bürger und die Unternehmen müssten darüber unterrichtet werden, dass ihre internationale Kommunikation unter gewissen Umständen abgehört werden könne. Diese Information müsse mit praktischer Hilfe bei der Planung und Umsetzung von umfassenden Schutzmaßnahmen einschließlich der Sicherheit von Informationstechniken einhergehen, fügte er hinzu.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind daher aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung, Entwicklung und Herstellung von Geräten und von europäischer Verschlüsselungssoftware sowie insbesondere zur Unterstützung von Projekten für die Entwicklung benutzerfreundlicher Software zu planen. Es besteht allgemein der Wille der Union zum Schutz der Menschen und Daten.

■ Kampf gegen Maul- und Klauen-seuche

Die Mitglieder der EVP-ED-Fraktion Lutz Goepel (D), Albert Jan Maat (NL) und Robert Sturdy (GB) forderten den Rat und die Kommission zu

einer Dringlichkeitserklärung über verschiedene Aspekte des letzten Ausbruchs der Maul- und Klauen-seuche (MKS) im Vereinigten Königreich auf. Dies erfolgte im Rahmen einer Pressekonferenz in Straßburg und führte zur Annahme eines entsprechenden Entschließungsantrags durch das Parlament am Donnerstagabend.

Die Entschließung stellt fest, dass die von der Regierung des Vereinigten Königreichs zur Kontrolle der Maul- und Klauen-seuche ergriffenen Maßnahmen fehlgeschlagen seien, da es in England immer noch zu neuen Ausbrüchen von MKS komme. Darüber hinaus führte sie an, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs offenbar keine geeigneten Mittel zur Verfügung gehabt habe, um

der Ausbreitung der Seuche über die Grenzen hin in andere EU-Mitgliedstaaten vorzubeugen.

Insbesondere verlangte das Parlament von Rat und Kommission eine Erklärung darüber, warum die Möglichkeit einer Notimpfung nicht genutzt worden sei und welche Maßnahmen die zuständigen Stellen derzeit planten, um der Gefahr einer Ausbreitung von MKS innerhalb Europas vorzubeugen und diese zu kontrollieren.

Die Europaabgeordneten sprachen auch die Auswirkungen des Ausbruchs von MKS auf den EU-Haushalt an. Sie forderten die Kommission auf, die Gesamtkosten von MKS zu beziffern und fragten, welche neuen Haushaltslinien die Kommission zur Bekämpfung und Vereitelung möglicher zukünftiger Epidemien vorsehe.

RAINER WIELAND:

Gute Verwaltungspraxis ja, Überregulierung nein

VERHALTENSKODEX ZUR GUTEN VERWALTUNG IN EUROPA

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt Rainer Wieland hat in der vergangenen Straßburg-Plenarsitzung über den Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten einen europaweit gültigen Verhaltenskodex zur guten Verwaltungspraxis grundsätzlich befürwortet: „Dieser Kodex bildet zusammen mit dem Jahresbericht und dem Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten einen wichtigen Dreiklang auf dem Weg zu einer besseren

Beteiligung der Bürger in der Europäischen Union. Die Fortführung dieses wichtigen Prozesses bedarf deshalb weiterer Anstrengungen auf allen Ebenen und damit auch der der Verwaltung“, betonte Wieland, der zugleich EVP-ED-Schattenberichterstatter für diesen Verhaltenskodex ist.

Die Verwaltung sei die Basis jeglichen staatlichen Handelns und darüber hinaus sind die Verwaltungsbeamten der erste Ansprechpartner aller Bürger, die im übrigen ein Recht auf ei-

ne gute Verwaltungspraxis hätten. Dazu sei die Schaffung eines Unterbaus in Form eines Netzwerks von Bestimmungen, die es jetzt praktisch umzusetzen gelte, der beste Weg. Der Stuttgarter CDU-Europaabgeordnete wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß unser Rechtssystem viele Instrumente von der Verfassung über die Verordnung bis hin zur Dienstweisung kenne, um Rechtsansprüche in die Wirklichkeit zu überführen.

Um eine Überregulierung zu vermeiden, müsse daher genau darauf geachtet werden, welche Teile des Kodex für eine guten Verwaltungspraxis tatsächlich in einer von der EU-Kommission vorzulegenden Verordnung stehen sollen: „Eine gute Verwaltung ist Dienstleister, nicht Obrigkeit, und für den Bürger als Kunden, nicht

als Bittsteller, da. Es ist damit selbstverständlich, daß sie nicht nur effektiv, sondern auch höflich und bürgernah arbeitet“, sagte Wieland. Dann müsse jedoch beispielsweise nicht in einer Verordnung ausgeführt werden, wie und in

welcher Form sich Beamte für Fehler zu entschuldigen haben. Folglich sollten, ähnlich wie in Deutschland, möglichst allgemeine, dafür aber gut ausfüllbare Vorgaben gemacht werden. „Damit tragen wir dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung, alles andere wäre nicht nur überreguliert, sondern auch lächerlich“.



Rainer Wieland MdEP

Rainer Wieland (CDU Baden-Württemberg) ist Mitglied des Petitionsausschusses und stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Recht und Binnenmarkt des Europäischen Parlaments.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, IHZ, 11011 Berlin, Telefon 0 30-20 96 13 22, e-mail: stephan.mock@cducsu.bundestag.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.